

Chinas urbane Transition in risikosoziologischer Perspektive

Zur Produktion migrantischer Übergangsräume in chinesischen Megastädten

Bettina Gransow

Beitrag zur Ad-hoc-Gruppe »Transitionen im China der Gegenwart«

Einleitung

Die chinesische Reformpolitik hat seit einigen Jahrzehnten umfassende wirtschaftliche Transformationsprozesse angestoßen, die auf ein beschleunigtes Wachstum abzielten, auf Industrialisierung, Modernisierung, Digitalisierung und technologische Innovationen. Diese Entwicklungen haben zugleich nicht intendierte gesellschaftliche Folgen hervorgerufen wie Umweltschäden, Gesundheitsprobleme und wachsende soziale Ungleichheit. Man könnte sagen, dass die von der politischen Führung Chinas intendierten Transformationsprozesse zugleich nicht intendierte gesellschaftliche Transitionen hervorgerufen haben. Hierzu gehören nicht zuletzt die inzwischen seit Jahrzehnten andauernden umfangreichen Land-Stadt-Wanderungen, insbesondere in die schnell wachsenden Megastädte an der Ostküste des Landes. Migration war ursprünglich nicht Teil chinesischer Transformationspolitik und hat doch erheblich zur beschleunigten urbanen Transition der chinesischen Gesellschaft beigetragen.

Die folgenden Überlegungen sind im Anschluss an eine kürzlich fertiggestellte Studie zu urbanen Übergangsräumen in südchinesischen Megastädten entstanden (Gransow 2025a). Mit einem relationalen raumsoziologischen Ansatz (Lefebvre 1991; Löw 2001, 2008; Gao 2021) wird darin in sechs qualitativen Mikrostudien herauszuarbeiten gesucht, wie und welche urbanen Räume durch die Agency von MigrantInnen in südchinesischen Megastädten geschaffen, adaptiert oder verändert wurden. Dabei sollte auch die erhebliche Bandbreite dieser zahlenmäßig großen, aber in Bezug auf die Politikgestaltung wenig einflussreichen Gruppe(n) aufgezeigt werden. Einbezogen wurden insbesondere solche Migrantengruppen in der Stadt, die in der offiziellen chinesischen Urbanisierungs- und Migrationspolitik kaum sichtbar sind. Dabei geht es um ProduktionsarbeiterInnen in Guangzhou, die nach einem Unfall nicht mehr arbeitsfähig waren, jedoch nicht – wie üblicherweise erwartet – aufs Land zurückkehrten; MigrantInnen-NGOs, die aus eigener Initiative gegründet wurden; Migrantinnen, die in der Unterhaltungs- und Sexindustrie Shenzhens freiwillig oder unfreiwillig halb- und illegale Dienstleistungen anbieten; afrikanische HändlerInnen, die mit einer restriktiven Visapolitik umgehen müssen; HochschulabsolventInnen, die aus ländlichen Haushalten kommen und in die städtische Mittelschicht aufsteigen

möchten; und schließlich eine Gruppe unfreiwilliger MigrantInnen, die aus dem Gebiet des Drei-Schluchten-Staudamms umgesiedelt worden war und hieran erhebliche, aber kaum erfüllte Hoffnungen knüpfte.

Eines der überraschenden Ergebnisse der Zusammenschau dieser Mikrostudien bestand darin, dass sich die Perzeption urbaner Räume durch die MigrantInnen zugleich als eine Perzeption von Risiken herausstellte (die Nichtwahrnehmung von Risiken eingeschlossen). Umgekehrt wurde aber auch sichtbar, dass die migrantische Produktion urbaner Räume nicht selten eine Care-Komponente aufweist, d. h. die Sorge für sich selbst und/oder für andere wesentlicher Bestandteil ihrer sozialen Raumproduktion ist. Diese Beobachtung warf eine Reihe von Fragen auf: Können offiziell nicht intendierte Formen von Land-Stadt-Migration und Zuwanderung als Teil einer chinesischen Transition in die Risikogesellschaft hinein verstanden werden? Gibt es einen Diskurs zur Risikogesellschaft in China? Gibt es Ansätze der westlichen Risikoforschung, die für ein besseres Verständnis des Zusammenhanges von relationaler Raumwahrnehmung und relationaler Risikowahrnehmung im Kontext von Migration und Stadtgesellschaft hilfreich sein könnten?

Nach einer kurzen begrifflichen Abgrenzung von Transition und Transformation wird im Folgenden zunächst der Frage nachgegangen, ob die beschleunigte Modernisierung Chinas zur Entstehung einer Risikogesellschaft führte. Im dritten Abschnitt folgt ein knapper Überblick über Diskurse zur chinesischen Risikogesellschaft. Viertens wird am Beispiel zweier der o. g. Mikrostudien die Produktion von Übergangsräumen durch unterschiedliche Gruppen von Migranten und Migrantinnen als Teil urbaner Transitionsprozesse vorgestellt. Im fünften Abschnitt geht es um die chinesische Urbanisierungs- und Migrationspolitik und ihre Ausrichtung auf Maßnahmen der Risikoprävention. Schließlich werden im sechsten Abschnitt migrantische Agency und Migrationspolitik als verschiedene Konstellationen von Risikoverflechtungen analysiert.

Transition und Transformation: eine begriffliche Abgrenzung im chinesischen Kontext

Obgleich die Begriffe Transition und Transformation bezogen auf neuere wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen in China häufig synonym verwendet werden, möchte ich im Folgenden zeigen, warum ein differenzierterer Umgang mit ihnen neue Einblicke in die dynamischen und konflikthaften Formen chinesischer Gesellschaftsentwicklung eröffnen kann.

Der Begriff der Transformation mit Bezug zu China wird in ganz unterschiedlichen Kontexten verwendet, wobei jedoch immer das Moment der Gerichtetheit (von Entwicklung) von besonderer Bedeutung ist. In einer weiten historischen Betrachtungsweise werden erstens Transformationsprozesse mit Chinas Modernisierungsanstrengungen seit Mitte des 19. Jahrhunderts, bis hin zur Politik der Vier Modernisierungen Deng Xiaopings und darüber hinaus bis in die Gegenwart einer technologisch hochentwickelten Gesellschaft hinein gleichgesetzt. Eine Konstante dieser teilweise sehr unterschiedlich konnotierten Modernisierungsanstrengungen besteht in dem Ziel, eine wohlhabende und starke chinesische Nation zu schaffen. Aus einer systemischen und/oder marxistischen Perspektive ist zweitens von sozialistischer und postsozialistischer Transformation die Rede, vielfach als Vergleich, früher mit der Sowjetunion, später mit Russland und anderen postsozialistischen Transformationsgesellschaften. In einem engeren Sinne wird drittens unter Transformation in China die von Deng Xiaoping eingeleitete Reform- und Öffnungspolitik verstanden (Gransow 2025b).

Der chinesische Soziologe Sun Liping identifizierte als charakteristische Unterschiede der Markt- und Gesellschaftstransformation in China die Markttransition bei Fortbestehen des politischen Systems und

der sozialistischen Ideologie; eine durch Machtkontinuität und Reformpolitik hervorgebrachte Elite, die kontinuierlich auf der Gewinnerseite der Reformen stand, sowie ein informelles, pragmatisches Vorgehen institutioneller Akteure wie Lokalregierungen oder regierungsnaher Unternehmen. Er schlug daher eine Soziologie der Praktiken der Markttransition vor (Sun 2012, S. 313–318; Gransow 2025c, S. 19). In dieser Abgrenzung kommt bereits das Veränderungsmoment und die Offenheit von Transitionsprozessen zum Ausdruck (vgl. Kipnis 2024), was jedoch nicht ausschließt, dass Prozesse der Transformation und der Transition zugleich auf spannungsvolle Weise miteinander verschränkt sein können. Mit der Frage nach der Entstehung einer Risikogesellschaft als einem inhärenten Bestandteil chinesischer Transformationsprozesse soll es genau um diesen Zusammenhang der Gerichtetheit der Reform- und Öffnungspolitik und der nicht intendierten Transition zu einer Risikogesellschaft gehen.

Chinas beschleunigte Modernisierung – Transition in die Risikogesellschaft?

Einer der Kerngedanken von Ulrich Becks Theorie der Risikogesellschaft (1986) lautete, dass die Risikogesellschaft aus einer der Industriegesellschaft innewohnenden Dynamik resultiert. Wenn die Industriegesellschaft an ihrem Grundglauben an den Fortschritt festhält, nämlich an die ultimative Fähigkeit von Wissenschaft und Technologie, alle Probleme zu lösen, was gleichzeitig bedeutet, technischen mit sozialem Fortschritt gleichzusetzen, so Beck, erzeugt sie die Konstellationen der Risikogesellschaft und rechtfertigt systematisch die negativen sozialen und ökologischen Folgen des technologischen Fortschritts. Genau dieses Merkmal unterscheidet die Risikogesellschaft von der Industriegesellschaft, nämlich die Unmöglichkeit, Risiken einer externen Quelle zuzuordnen (Beck 1986, S. 300 f.).

„Der Eintritt in die Risikogesellschaft erfolgt in dem Moment, in dem die von der Gesellschaft nun beschlossenen und folglich produzierten Gefahren die etablierten sicheren Systeme der bestehenden Risikokalkulationen des Wohlfahrtsstaates untergraben und/oder aufheben. Im Gegensatz zu früheren industriellen Risiken können nukleare, chemische, ökologische und genetische Risiken [...] nicht kompensiert oder versichert werden.“ (Beck 1999, S. 76–77)

Eine Risikogesellschaft kann somit auch als Herauswachsen aus der Logik der nationalen Sicherheit verstanden werden, einer Moderne, die mit dem Wohlfahrtsstaat und dem Versicherungssystem die Folgen systemischer und individueller Risiken kontrollierbar erscheinen ließ.

Als Ulrich Beck 1986 seine vielbeachtete Studie über die „Risikogesellschaft“ publizierte, stand China noch am Beginn der einige Jahre zuvor eingeleiteten Reform- und Öffnungspolitik. 1978 lebten nach Beendigung der Mao’schen Kulturrevolution 82 Prozent der chinesischen Bevölkerung auf dem Lande und nur 18 Prozent in Städten (World Bank 1992, S. IX). Hierzu hatte auch der Versuch Maos beigetragen, die prekäre Ernährungslage durch eine gezielte Politik der Anti-Urbanisierung zu stabilisieren. China war eine Agrargesellschaft. Um Devisen zu verdienen, musste das Land Rohstoffe wie Kohle, Rohöl und Mineralien sowie landwirtschaftliche Erzeugnisse exportieren (Lin und Wang 2008, S. 5). In dieser Situation war die Problematik einer aus der Industriegesellschaft hervorgegangenen Risikogesellschaft noch nicht von Interesse, weder wissenschaftlich noch öffentlich. Erst knapp zwanzig Jahre später sollte es zu einer ersten Welle wissenschaftlicher Publikationen zu sozialen Risiken in der chinesischen Transformationsgesellschaft kommen. Dazu gehörte dann 2004 auch die Übersetzung der Risikogesellschaft und anderer Beiträge von Ulrich Beck.

In der zweiten Dekade (1990er Jahre) der Deng'schen Reformen verfolgte China eine Politik der wirtschaftlichen Expansion, Exportorientierung, der Intensivierung des Außenhandels und der Heranziehung ausländischer Direktinvestitionen. Hierzu gehörte auch der Ausbau von Energieversorgung und Transportwegen durch große Infrastrukturprojekte. Die Zusammenarbeit mit internationalen Institutionen wie dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank zeigte die Eingliederung des Landes in das internationale Wirtschafts- und Finanzsystem an. Im Verlauf der neunziger Jahre wurde immer deutlicher, dass die Externalisierung von Umwelt- und sozialen Kosten einer einseitig auf wirtschaftliches Wachstum gerichteten Entwicklungsstrategie teilweise erhebliche Umweltschäden und soziale Proteste infolge von Landenteignungen und Umsiedlungen nach sich zog. Drei Jahre vor Chinas Beitritt zur Welthandelsorganisation warnte der damalige chinesische Präsident Jiang Zemin 1998 vor den möglichen negativen Effekten und Risiken und setzte damit ein frühes Zeichen für die Bedeutung eines Risikobewusstseins im Zusammenhang auch mit wirtschaftlichen Interdependenzen (vgl. EU Chamber and China Macro Group 2024, S. 13).

Auf die globale Finanzkrise 2008/09 reagierte die politische Führung unter dem damaligen Staatspräsidenten Hu Jintao erneut mit umfangreichen Infrastrukturmaßnahmen zur Stabilisierung von Wirtschaft und Beschäftigung und – um diese Projekte nicht zu verzögern – mit einer gleichzeitigen Einschränkung von Vorgaben für Sozialverträglichkeitsprüfungen. In einigen Regionen führte die rasch voranschreitende Ausweitung von Bauprojekten zu vermehrtem Widerstand der lokalen Bevölkerung. Von der Nationalen Entwicklungs- und Reformkommission (NDRC) 2012 herausgegebene *Vorläufige Maßnahmen zur Evaluierung von Risiken für die soziale Stabilität in großen Investitionsprojekten* (NDRC 2012) waren Teil der Hinwendung zu einer allgemeineren Politik der „Aufrechterhaltung sozialer Stabilität“, die in der Ära Xi Jinpings (ab 2012) weiter an Bedeutung gewann.

Seit 2011 kam es angesichts wachsender Instabilität, Ungewissheit und „globaler Probleme“ zu einer erhöhten Risikowahrnehmung und innerhalb der KP Chinas festigte sich die Auffassung, dass es notwendig sei, internationalen Wirtschaftsrisiken besser widerstehen zu können. 2014 stellte Xi Jinping seine „Ganzheitliche Auffassung nationaler Sicherheit“ vor, die neben traditionellen auch nichttraditionelle Sicherheitsphänomene (wie Energieressourcensicherheit oder Cybersicherheit) umfasste und den Rahmen nationaler Sicherheit auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Sicherheit ausweitete. Dies wurde in einem Kanon von 16 einzelnen Sicherheitsgesetzen spezifiziert (EU und CMG 2024, S. 20, 52). Die 16 Sicherheitsfelder können unschwer auch als Risikofelder bzw. als Risikomanagement-Felder gelesen werden.¹

Im Gegensatz zur Sicherheitsrhetorik Xi Jinpings bezeichnete der koreanische Soziologe Chang Kyung-sup China als komplexe Risikogesellschaft und „compressed modernity“ (Chang 2017; vgl. Gransow 2003). Die rasante wirtschaftliche Entwicklung in Ostasien, die auf der Mobilisierung billiger Arbeitskräfte, der Ausbeutung natürlicher Ressourcen und dem Streben nach „immer schnellerer“ Effizienz beruhe, führe zu einer Haltung, so Chang, die sich durch den Imperativ „Wachstum zuerst, Sicherheit später“ auszeichne. Die Herabstufung der Sicherheit zugunsten eines „Entwicklungspatriotismus“, so Chang weiter, lasse sich auf eine Kombination aus mangelnder Erfahrung im öffentlichen Risikomanagement, der Unreife der Marktwirtschaft und der Intervention des chinesischen Entwicklungsstaates zurückführen und habe die Selbstregulierungsmechanismen des Marktes verlangsamt. Selbst die halbherzige Reform der „Rechtsstaatlichkeit“ habe wenig zur Korrektur der Situation beigetragen. Ein Mangel an Sicherheitsmanagement (Chang 2017, S. 9) spiegele sich in massiven Umweltgefahren, Industriekatastrophen, Lebensmittelkontaminationen, Brand- und Verkehrsunfällen sowie schwerwiegenden

¹ Politische Sicherheit, territoriale S., militärische S., ökonomische S., kulturelle S., gesellschaftliche S., Tech-S., Cybersicherheit, ökologische S., Ressourcensicherheit, nukleare S., Biosicherheit, Raum(fahrt-)Sicherheit, polare Sicherheit, Tiefseesicherheit und Sicherheit von Überseeinteressen.

Baumängeln aufgrund schneller Bauweise wider. Der Übergang zu einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ habe zu einer Anhäufung von Risiken für ArbeitnehmerInnen, VerbraucherInnen und BürgerInnen in Form von Absprachen zwischen lokalen Regierungsbeamten (die unter Druck stehen, Erfolge beim Wirtschaftswachstum vorzuweisen) und Unternehmen (die zuvor keinen Grund hatten, übermäßige Sicherheitskontrollen der Arbeitsbedingungen zu befürchten) geführt. Die Bereitschaft, sich gefährlichen Arbeitsbedingungen auszusetzen, sei somit zu einem entscheidenden Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Markt geworden. „Dies zeigt sich besonders deutlich“, schreibt Chang, „bei den ‚illegalen Wanderarbeitern‘ in den Megastädten [...]“ Er fährt fort: „Es ist paradox, dass die chinesische Regierung sie als Risikofaktor auf gesellschaftlicher Ebene wahrnimmt“ (Chang 2017, S. 13). Wie sich dieses „Paradox“ als Beispiel einer Risikoverflechtung erklären lässt, darauf wird später noch eingegangen werden.

Diskurse zur chinesischen Risikogesellschaft

Etwa seit der Zeit, als Hu Jintao 2004 das Leitbild einer Harmonischen Gesellschaft vorstellte, kam es in China zu einer merklichen Häufung wissenschaftlicher Beiträge zur Risikogesellschaft. Überblicksdarstellungen zur Entwicklung der chinesischen Risikoforschung, insbesondere Einführungen zum Konzept der Risikogesellschaft und später zur Risikokommunikation (im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie) (Xiang und Wang 2022) zeigen dies ebenso wie eine Auswertung der Häufigkeiten der Begriffe „Risiko“ und „Sicherheit“ in den Dokumenten der Fünfjahrespläne (EU und CMG 2024, S. 17). Auch wenn diese Darstellungen nur partielle Einblicke in die Entwicklung der Risikoforschung geben, stehen sie doch für einen wachsenden Trend der chinesischen Risikoforschung,² der allerdings in den Jahren zwischen 2016 und 2019 deutlich zurückgegangen zu sein scheint und erst wieder mit der Covid-19-Pandemie Aufwind bekommen hat.

Die chinesische Rezeption der Beck'schen Risikotheorie im Hinblick auf die chinesische Gesellschaft lässt sich grob in drei Ansätze unterteilen. Erstens solche, die Risiken als soziale Probleme identifizieren und versuchen, sie durch Formen der sozialen Governance anzugehen. Sie stehen in der Tradition einer pragmatischen Sozialwissenschaft, die sich auf konkrete Lösungen für Probleme konzentriert. Zweitens gibt es Ansätze, die einzelne chinesische Politikfelder aus der Perspektive einer Risikogesellschaft analysieren. Und drittens gibt es Ansätze, die die Frage der Übertragbarkeit der Risikotheorie auf China selbst diskutieren (z. B. Xiao 2012).

Ähnlich wie später Chang Kyung-sup (s. o.) für China von einer „compressed modernity“ sprach, verwendeten Tong Xing und Zhang Haibo (2007) den Begriff der Risikosymbiose, um darauf hinzuweisen, dass sich – im Unterschied zu westlichen Industrienationen – in China traditionelle Risiken (wie Infektionskrankheiten und Naturkatastrophen, die eine Bedrohung für das menschliche Leben und die gesellschaftliche Sicherheit bedeuteten), moderne Risiken (die mit Industrialisierung und Urbanisierung verbunden sind und soziale Risiken wie Arbeitslosigkeit, gesellschaftliche Polarisierung, Arbeitskonflikte und -unfälle hervorbringen) und spätmoderne Risiken (wie gesellschaftliche Individualisierungstendenzen und neue Technologien, die zu neuen sozialen Risiken für das gesellschaftliche Leben und für die natürliche Umwelt führen) überlagern und gleichzeitig auftreten (Tong und Zhang 2007, S. 58). Hinzu komme zum einen die Transformation Chinas von einer Planwirtschaft zu einer Marktwirtschaft, die mit

² Eigene Recherchen der Autorin im August 2025 ergaben in der Datenbank CNKI 14.706 Einträge für 风险社会 (Risikogesellschaft), 2.682 Einträge für 中国风险社会 (chinesische Risikogesellschaft) und 430 Einträge für 全球风险社会 (globale Risikogesellschaft).

einer Ausdifferenzierung und Pluralisierung der Gesellschaft einhergehe und mit gesellschaftlichen Verwerfungen wie der Zunahme von Konflikten zwischen ethnischen Gruppen, einer Vertrauenskrise und Kontrollversagen verbunden sei. Zum anderen sei China auch von globalen sozialen Risiken betroffen wie der zunehmenden Umweltverschmutzung, der Energiekrise und einer schnell wachsenden Bevölkerung. Schließlich mache die Konzentration und Verflechtung verschiedener Risikofaktoren die Problemlösung sehr viel schwieriger, so dass Maßnahmen zur Lösung eines Problems sehr leicht weitere Risiken hervorbringen könnten (Tong und Zhang 2007, S. 59–60).

Aus einer vergleichenden Perspektive der von Beck beschriebenen Risikogesellschaft mit der chinesischen Transformationsgesellschaft stimmt Xiao Ying (2012) der Charakterisierung Chinas als Risikogesellschaft zu, insbesondere sieht er einen inneren Zusammenhang zwischen der chinesischen und der Weltrisikogesellschaft und betont, dass es in China zu einer umfassenden Individualisierung von Risiken gekommen sei (Xiao 2012, S. 49). Zugleich stellt Xiao einen Unterschied in der Natur der jeweiligen Individualisierungsprozesse fest. Zwar habe der Übergang Chinas zur Marktwirtschaft einen Individualisierungsprozess ausgelöst, dieser gehe aber nicht mit den von Beck beschriebenen institutionalisierten Formen der individuellen Freiheit und Demokratie einher. Da China noch keinen umfassenden Sozialstaat geschaffen habe, könne auch nicht von einem von Institutionen abhängigen Individualisierungsprozess gesprochen werden, wie er bei Beck beschrieben wird (Beck 1986, S. 210). Für China sei dagegen eine „Individualisierung mit begrenzter Institutionalisierung“ charakteristisch, die sich an den besonderen Interessen einzelner Individuen und kleiner Gruppen orientiere (Xiao 2012, S. 49).

Eine zweite größere Welle von Forschungen zur chinesischen Risikogesellschaft setzte zu Beginn der 2020er Jahre ein. Schwerpunkte bildeten dabei anfangs die Corona-Pandemie, dann auch Beiträge zur Belt and Road Initiative (BRI), hauptsächlich zu Investitionsrisiken (Ge und Zhang 2021; World Bank 2019), insbesondere aber zu Fragen globaler Risiko-Governance aus der Perspektive der Risikogesellschaft und in jüngster Zeit zu Künstlicher Intelligenz und ihrer Bedeutung nicht nur als Teil der Risikogesellschaft, sondern auch als einer Technologie, die zur Transformation der Risikogesellschaft selbst führen könnte (s. hierzu ausführlich Gransow 2025b). Fragen von Migration, Migrationspolitik und urbaner Migrations-Governance fanden jedoch keinen Eingang in diese neueren Risiko-Diskurse.

Agency von Land-Stadt-MigrantInnen und die Konstitution urbaner Übergangsräume

Im Rahmen einer größeren Studie zur Agency von MigrantInnen im südchinesischen Perlflossdelta (Gransow 2025a) hat die Autorin u. a. anhand von qualitativen Interviews (2009–2012) untersucht, wie und welche urbanen Übergangsräume (*transient urban spaces*) durch die Alltagspraktiken unterschiedlicher Gruppen von MigrantInnen geschaffen werden.³ Um nicht in die üblichen Fallen der Mainstream-Migrationsforschung zu tappen (u. a. charakterisiert durch ihre überwiegende Politikorientierung, den Mangel an Migrationstheorien und daher auch sinnvollen Konzeptualisierungen von Migration, ihre unzureichende gesellschaftliche Kontextualisierung und ihre Betrachtung als normabweichendes Verhalten), sollte Migration als ein normaler Bestandteil sozialer Beziehungen im Kontext gesellschaftlicher Strukturen und ihrer Wandlungsprozesse untersucht werden (Castles 2010, S. 1566–1568). Hierzu sollte

³ Die in der Studie (Gransow 2025a) bearbeiteten Interviews wurden von der Autorin als Leiterin einzelner Projekte im Rahmen eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) finanzierten Schwerpunktprogramms „Megacities-Megachallenges. Informal Dynamics of Global Change“ (2007–2013) organisiert (einschließlich ihrer chinesischen Verschriftung) und teilweise durchgeführt. Einen Überblick über die Ergebnisse des Schwerpunktprogramms finden Sie bei Kraas et al. (2019).

ein möglichst breites Spektrum unterschiedlicher Migrantengruppen einbezogen werden (neben Binnenmigration auch internationale Migration, neben legaler Migration auch illegale, neben freiwilliger Migration auch unfreiwillige).

Ausgehend von der Feststellung, dass es nicht nur einen Weg der urbanen Integration von MigrantInnen gibt (Glick Schiller und Caglar 2011, S. 190–191), ging es dabei um die Untersuchung von unterschiedlichen Formen urbaner Selbst-Integration. Die Studie untersucht die Diskrepanz zwischen der Agency von MigrantInnen und der *top-down* Migrationspolitik von Regierungen unterschiedlicher Ebenen, die sie auch als Ausdruck der Überschneidung von Transformations- und Transitionsprozessen fasst. Am Beispiel von zwei (der insgesamt sechs) Mikrostudien (Migranten-NGOs, Fernumsiedler), die hier kurz vorgestellt werden, sollen solche Konstellationen hervorgehoben werden, die sich als Risikoverflechtungen von migrantischer Agency und Migrationspolitik von Regierungen erklären lassen, und zwar im Kontext und als Teil komplexer Dynamiken einer globalen Risikogesellschaft.

Selbst-Organisation von WanderarbeiterInnen und parteistaatliche Versicherheitlichung im Perlflussdelta⁴

Vor dem Hintergrund einer hohen Anzahl von Arbeitsunfällen und einer geringen Beteiligung von ArbeitsmigrantInnen an der Unfallversicherung sind NGOs entstanden, die betroffene ArbeitsmigrantInnen in entsprechenden Streitfällen vor Gericht vertreten haben und sie bei den langwierigen Formalitäten unterstützten, die nötig sind, um die Bestätigung eines Arbeitsunfalls von den Arbeitsbehörden zu bekommen. Auf der Grundlage von elf Interviews, die 2011/2012 mit acht Nichtregierungsorganisationen für WanderarbeiterInnen im Perlflussdelta (PRD) durchgeführt wurden, vor allem in Shenzhen und Guangzhou, wird argumentiert, dass sich zwischen den Migranten-NGOs und den von ihnen beratenen und unterstützten MigrantInnen wechselseitige Vertrauensbeziehungen entwickelten und viele von ihnen später selbst zu ehrenamtlichen HelferInnen der Organisationen wurden. Hier entstanden wichtige Bausteine einer Selbst-Integration der MigrantInnen in die Stadt. Neil Brenners Überlegungen zur Räumlichkeit staatlicher Macht (Brenner et al. 2003) bieten ein analytisches Instrument, um die Politik des chinesischen Partei-Staats in drei räumlichen Dimensionen zu untersuchen: staatliche Interventionen gegen Migranten-NGOs; staatliche Vorstellungen von einem auf Sozialleistungen ausgerichteten gemeinnützigen Sektor; und die staatliche Wahrnehmung ausländischer Finanzierungen von Migranten-NGOs als nicht-traditionelle Sicherheitsbedrohung für die chinesische Nation. Die Schlussfolgerung lautet, dass die widersprüchliche Dynamik zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren auch als Beispiel für eine „Risikoverflechtung“ identifiziert werden kann (s. mehr hierzu in Abschnitt „Risikoverflechtung von Migration und Migrationspolitik im urbanen Kontext“).

Umsiedlungsräume: ein „Dorf“ aus dem Drei-Schluchten-Gebiet in der Stadt Foshan⁵

In der sechsten und letzten Mikrostudie geht es um eine Gruppe von UmsiedlerInnen aus dem Gebiet des Drei-Schluchten-Staudamms (TGD), die Anfang der 2000er Jahre als FernumsiedlerInnen in das PRD gekommen waren. Die Studie basiert auf 26 qualitativen Interviews, die im Dezember 2012 mit Mitgliedern des Umsiedlungsdorfes in Foshan geführt wurden. Im Zentrum stehen die weit auseinanderliegenden Perzeptionen eines „Umsiedlungsdorfes“ durch die Lokalregierung, die diesen Ort organisiert hatte (und ihn nun möglichst rasch an die erwartete Dorfgemeinschaft zur Selbstverwaltung übergeben

⁴ Gransow 2025a, Kapitel 3.

⁵ Gransow 2025a, Kapitel 7.

wollte); das Verwaltungsdorf, das zur Aufnahme des Umsiedlungsdorfes in seine Kooperative verpflichtet werden sollte (sich aber immer dagegen wehrte, weil es ökonomische Verluste befürchtete), und schließlich die umgesiedelten Familien selbst, die sich zuvor nicht kannten (und die nur miteinander verband, dass sie sich mit einer Fernumsiedlung in das PRD einverstanden erklärt hatten, keine Bauern gewesen waren, aber eine ländliche Haushaltsregistrierung gehabt hatten, so dass eine Land-für-Land-Umsiedlung für sie zutraf). Auch in dieser Konstellation von drei unterschiedlichen Hauptakteuren zeigt sich eine relationale Risikoverflechtung (s. mehr hierzu in Abschnitt „Risikoverflechtung von Migration und Migrationspolitik im urbanen Kontext“). In der Rückschau lässt sich das „Umsiedlerdorf“ als ein peri-urbaner Übergangsraum beschreiben, der sich in einem Zustand stagnierender Entwicklung befindet, ohne Verfall, aber auch ohne klare Entwicklungsperspektive.

In beiden Mikrostudien zeichnet sich nicht nur ein Muster der Überschneidung der Wahrnehmung von urbanen Räumen und der Wahrnehmung von Risiken ab, sondern insbesondere werden Akteurskonstellationen sichtbar, die sich als Risikoverflechtungen identifizieren lassen.

Urbanisierungs- und Migrationspolitik als Risikoprävention

Betrachtet man das chinesische *Hukou*-System, das entsprechend der Unterscheidung von ländlichem Kollektiveigentum und städtischem Staatseigentum zwischen EinwohnerInnen mit städtischer oder ländlicher Haushaltsregistrierung differenziert, als eine „Sortiermaschine“, die ähnlich internationalen Grenzen (Mau 2021) als Filter für die chinesische Binnenmigration und zum Vorteil der unternehmerischen Stadtregierungen wirkt, so hat sich dessen „Sortierlogik“ mit dem Übergang zu einer Marktwirtschaft in China deutlich verändert: Anstatt wie in der Mao-Ära vorrangig den Zugang zu rationierten Lebensmitteln und Gütern zu regulieren und nur hierüber vermittelt auf die Land-Stadt-Migration einzuwirken, soll es nun durch Mechanismen der Öffnung und Schließung den Zugang zu öffentlichen Gütern, Ansprüchen, Subventionen und anderen städtischen Privilegien regulieren, nun allerdings in einem Umfeld, das durch den unternehmerischen Wettbewerb zwischen den Städten gekennzeichnet ist. Von 1995 bis 2003 wurde das *Hukou*-System durch die Einführung zusätzlicher Abschreckungsmaßnahmen gegen unerwünschte MigrantInnen wirksam gemacht. So konnten beispielsweise MigrantInnen ohne Einkommen, Unterkunft oder Papiere in Großstädten von den Sicherheitsbehörden vor Ort interniert und dann in ihre Heimat zurückgeschickt werden. Die öffentliche Empörung, die Aufmerksamkeit der Medien und die Unterstützung engagierter Anwälte führten zur Aufhebung der Verordnung, auf der die Internierungseinrichtungen beruhten. Später wurden diese Einrichtungen in Unterkünfte für Obdachlose umgewandelt (Gransow 2011, S. 70–71).

Während das PRD als Wirtschaftsmotor der Provinz Guangdong (und darüber hinaus) weiterhin viele (und unterschiedliche Gruppen von) MigrantInnen anzieht, insbesondere in ihre größten Megastädte, sind deren Chancen, den Übergang von „mobil zu sesshaft“ zu schaffen, relativ gering (Yang und Chan 2023, S. 3). Es gibt viele Faktoren, die MigrantInnen davon abhalten, sich niederzulassen: Neben dem *Hukou*-System und den Wachstumsgrenzen von Megastädten wie Guangzhou und Shenzhen gehören dazu auch der mangelnde Zugang zu bezahlbarem Wohnraum, die hohen Lebenshaltungskosten in der Stadt, die zu teuer für die Gründung einer Familie mit niedrigem Einkommen ist, die Suche nach Kinderbetreuung während langer Arbeitszeiten, die schwierig und zu teuer ist, und die Zurückhaltung, Landrechte (im Zusammenhang mit dem ländlichen *Hukou*) im Austausch gegen einen städtischen *Hukou* in einer Kleinstadt mit begrenzten sozialen Dienstleistungen aufzugeben (Yang und Chan 2023, S. 6). Trotz dieser entmutigenden Bedingungen finden Millionen von MigrantInnen ihren Weg ins Perlflossdelta, insbesondere nach Shenzhen und Guangzhou.

Seit Mitte der 1990er Jahre entstand eine Migrations- und Urbanisierungspolitik, die darauf abzielte, MigrantInnen aus ländlichen Gebieten von den Großstädten weg und in mittelgroße und vor allem kleinere Städte zu lenken. Durch eine gleichmäßigere Verteilung sollte der Druck auf die materielle und soziale Infrastruktur der Großstädte verringert werden – allerdings mit nur mäßigem Erfolg. Auch ein neuer Urbanisierungsplan (2014–2020) setzte mit einer Politik, kleinere Städte für uneingeschränkte Einwanderung zu öffnen und große Megastädte vor weiterer Zuwanderung abzuschotten, die Sortierlogik früherer Migrations- und Urbanisierungspolitik fort (Guojia 2014). Konkreter als zuvor forderte dieser nun jedoch die Regierungen der großen Megastädte auf, Bevölkerungshöchstgrenzen festzulegen. Seit 2016 haben Peking, Shanghai, Guangzhou, Shenzhen und andere Megastädte Pläne zur Begrenzung der Bevölkerungszahl vorgelegt.⁶ Der 14. Fünfjahresplan (2021–2025, mit Ausblick bis 2035) bekräftigte diese Politik.

Einige AutorInnen haben das Ziel, den Bevölkerungsumfang großer Megastädte zu begrenzen, grundlegend kritisiert: „Angesichts der überlegenen Wirtschafts- und Bildungsmöglichkeiten in den Megastädten und Super-Megastädten stellen Wissenschaftler die Wirksamkeit der Einführung differenzierter *Hukou*-Systeme für Städte unterschiedlicher Größe als Mittel zur Erreichung des Optimierungsziels in Frage“ (Chu 2020, S. 2; vgl. Guojia 2014). Ein Fünfjahres-Aktionsplan für eine sogenannte „neue menschenzentrierte Urbanisierungsstrategie (bis 2029)“ (Guowuyuan 2024) griff diese Kritik auf, insbesondere im Hinblick auf die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen für ländliche Migrantenfamilien in Großstädten.

Die geringere Attraktivität kleinerer Städte liegt nicht nur an ihrer schwächeren Wirtschaftskraft und ihrer niedrigen Position in der sozialen Status-Hierarchie chinesischer Städte, sondern auch am schwierigeren Zugang zu lokalen Netzwerken, die die Verteilung der Ressourcen hier stärker beeinflussen als in den Großstädten. Ohne solche Netzwerke ist es für Außenstehende kaum möglich, Fuß zu fassen. Die seit Langem bestehende Asymmetrie zwischen der geplanten oder erwarteten Einwanderung und der tatsächlichen, deutlich umfangreicheren Einwanderung in die Megastädte hat dazu geführt, dass eine erheblich größere Zahl von MigrantInnen aus ländlichen Gebieten in den chinesischen Megastädten lebt als die Ziele der Urbanisierungsplanung und Migrationspolitik vorsehen.

Eine Erklärung für die Diskrepanz zwischen Migrationspraktiken und Migrationspolitik kann darin gesehen werden, dass sie je unterschiedlichen Logiken, Interessen und Risikowahrnehmungen folgen. Während die chinesische Migrations- und Urbanisierungspolitik Risiken für die Stadt (oder das Land) als von der Masse der MigrantInnen ausgehend wahrnimmt und darauf abzielt, hohe Kosten, slumartige Entwicklungen und soziale Konflikte in den ohnehin schon gefährdeten und überlasteten Megastädten zu vermeiden, geht es für die MigrantInnen selbst um ihre eigenen individuellen Risiken (oder die ihrer Familien), Risiken, die sie während eines informellen Aufenthalts in einer migrationsbeschränkten Megastadt eingehen, und Risiken, denen sie ausgesetzt sind, wie z. B. mangelndem Arbeitsschutz. Aus der Perspektive von Zentralregierung und Stadtregierungen lassen sich Steuerungsprozesse grob in zwei Kategorien einteilen: Mechanismen der Ausgrenzung unerwünschter Migrantengruppen und Mechanismen der Inklusion erwünschter Migrantengruppen.

Maßnahmen zur Exklusion von MigrantInnen aus städtischen Gebieten sind eher unpopulär, da diese eine Vielzahl von günstigen Dienstleistungen erbringen. Dies gilt insbesondere, wenn sie mit

⁶ Es wurde festgelegt, dass Guangzhou bis 2020 die Zielvorgabe von 15,5 Millionen ständigen EinwohnerInnen und Shenzhen die Zielvorgabe von 14,8 Millionen ständigen EinwohnerInnen nicht überschreiten sollten. Guangzhou schlug vor, die Größe seiner Bevölkerung „moderat“ zu kontrollieren, und hatte im Jahr 2020 eine ständige Bevölkerung von 18,73 Millionen EinwohnerInnen. Shenzhen wuchs von etwa 10 Millionen im Jahr 2010 auf 17,56 Millionen im Jahr 2020. https://m.21jingji.com/article/20210515/herald/ff7d5ea380301c269fb7bfc5d2205608_zaker.html (Zugegriffen: 30. Januar 2026).

gewaltsamen und zwanghaften Eingriffen wie der Zerstörung illegaler Behausungen von MigrantInnen verbunden sind (Yang und Wang 2023, S. 206). Während die Steuerung der städtischen Migration durch Ausgrenzung aus der Sicht von EntscheidungsträgerInnen darauf abzielt, potenzielle Bedrohungen, Konflikte und Kosten für die Stadt abzuwehren, kann ein solcher Ansatz jedoch problematische Folgen haben und in eine (auch gewaltsame) Versicherheitlichung von Migrationssteuerung umschlagen oder zur Stigmatisierung bestimmter Migrantengruppen führen.

Umgekehrt bedeutet eine auf Inklusion ausgerichtete Migrationspolitik, dass Probleme sozialer und regionaler Ungleichheit oder Konfliktsituationen, die zur Migration geführt haben (z. B. in Minderheiten-gebieten), nun auf den Ort der Zuwanderung übertragen werden können. Darüber hinaus ist eine von oben verordnete Integrationspolitik sowohl für die lokale *Hukou*-Bevölkerung als auch für die städtischen MigrantInnen problematisch: Für MigrantInnen führt sie zu erheblicher Unsicherheit und dem Gefühl, ihr Schicksal nicht selbst in die Hand nehmen zu können, während die lokale Bevölkerung befürchtet, dass alle der Migrantenbevölkerung gewährten Vorteile auf Kosten ihres eigenen Wohlergehens gehen (Yang und Wang 2023, S. 204–205).

Yang Shangguang und Wang Danyang (2023) identifizieren mehrere Faktoren, die für den Erfolg einer integrativen Politik wichtig sind, aber noch nicht umgesetzt wurden. Diese sind: (1) eine angemessene Datenbank über die Entwicklung der städtischen Bevölkerung, um eine ordnungsgemäße Planung der finanziellen und personellen Ressourcen für die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen für die ständige städtische Bevölkerung zu ermöglichen; (2) die Einrichtung einer unabhängigen Abteilung, die sich mit den Angelegenheiten der städtischen MigrantInnen befasst und sich langfristig mit der Frage auseinandersetzt, wie soziale Ausgrenzung begrenzt, soziale Gerechtigkeit gewahrt und soziale Inklusion gefördert werden kann; (3) Zugang für MigrantInnen in Megastädten zu politischen Kenntnissen und Informationen, damit sie ihre Rechte wahrnehmen und ihre Forderungen hinsichtlich der Umsetzung der städtischen Migrationspolitik in angemessener Weise zum Ausdruck bringen können; und (4) Verbesserungen bei der Umsetzung der Migrationspolitik auf nationaler, lokaler und Basisebene sowie professionelle Unterstützung, z. B. durch Machbarkeitsstudien zur Finanzierung oder institutionellen Gestaltung (Yang und Wang 2023, S. 204–205).

Risikoverflechtung von Migration und Migrationspolitik im urbanen Kontext

In der Migrationsliteratur ist das Konzept des Risikos nicht ungewöhnlich, wird jedoch selten theoretisch behandelt (Williams und Balaz 2012, S. 176). Von grundlegender Bedeutung im Zusammenhang mit Migration sind Unterscheidungen wie (1) die zwischen Risiko und Ungewissheit, wobei Letztere hauptsächlich auf unzureichendes Wissen und die Unvorhersehbarkeit der Zukunft zurückgeführt wird; (2) die zwischen „bewusst eingegangenen Risiken“ und „Risiken, die Menschen auferlegt werden“ (Douglas und Wildavsky 1983, S. 16); und (3) die zwischen Risiko und Gefahr, d. h. dass ein möglicher Schaden entweder auf die eigene (Risiko-)Entscheidung zurückgeführt oder als von außen verursacht und damit als Gefahr angesehen wird (Luhmann 1991, S. 30, 31). Aus ökonomischer Perspektive, und diese Sichtweise dominiert die Migrationsforschung, werden Risiken als objektiv „real“ und nicht als „sozial konstruiert“ angesehen, wobei das rational agierende Individuum im Mittelpunkt steht (Williams und Balaz 2012, S. 169).

Ein sozial konstruiertes Verständnis von Risiko, das sich an der „Governmentality-Literatur“ und den Vorlesungen von Michel Foucault (Foucault 1991) orientiert, befasst sich demgegenüber mit den Praktiken, Techniken und Rationalitäten, mit denen ein Risiko berechenbar gemacht werden soll. François

Ewald hat dies in seiner klassischen Studie *L'état providence* aus der Perspektive der Foucault-Schule aufgezeigt. Er erklärt die Kategorie des Risikos historisch aus dem Aufkommen des Versicherungssystems als berechenbarer Wahrscheinlichkeit und als privatem oder staatlich gefördertem Sicherheitsversprechen (Ewald 1993). Wenn in diesem Sinne Risiko als eine Form kalkulativer Rationalität betrachtet wird, dann können die Selbsttechnologien von MigrantInnen und die Migrationsgovernance von Regierungen als besondere Formen der Risikokalkulation definiert werden. Diese basieren auf einer bestimmten Absicht und einem bestimmten Wissensbestand, der in Bezug auf künftige Ergebnisse von Migrationsverläufen oder Migrationspolitik und deren Umsetzung unvollständig ist.

Niklas Luhmann führte die Unterscheidung zwischen Risiken und Gefahren ein und stellte fest, dass „die Risiken, die ein Entscheidungsträger eingeht und eingehen muss, für die Betroffenen zu einer Gefahr werden können“ (Luhmann 1991, S. 117). Diese Feststellung ist auch für das Verständnis des Konzeptes der Risikoverflechtung von Bedeutung. Im Hinblick auf die relationale Risikoforschung haben Asa Boholm und Hervé Corvellec (2011) eine kognitive Beziehung zwischen zwei verschiedenen kognitiven Objekten dargelegt. Sie definieren Risikoobjekte (risk objects) als Dinge, Personen oder Ereignisse, die von Individuen als gefährlich wahrgenommen werden. Im Gegensatz dazu sind für sie gefährdete Objekte (objects at risk) Dinge, Personen oder Ereignisse, die von Individuen wertgeschätzt und als gefährdet angesehen werden. Aus dieser Perspektive wird Risiko als relational definiert, da es eine kognitive Verbindung zwischen dem gefährdeten Objekt und dem Risikoobjekt herstellt, das als Bedrohung für das erstere wahrgenommen wird.

Christian von Scheve und Markus Lange (2023) bauen auf diesem Ansatz auf mit der Einführung des Konzepts der „Risiko-Verflechtung“. Sie definieren es als „eine Situation, in der eine Reihe von Akteuren durch ihre Konstruktion von Risikoobjekten und gefährdeten Objekten miteinander in Beziehung stehen oder treten“ (von Scheve und Lange 2023, S. 4). Dies führt zu der Schlussfolgerung, dass das Dilemma zwischen MigrantInnen, die in großer Zahl von Megastädten angezogen werden, und Stadtverwaltungen als Entscheidungsträgern, die versuchen, sie durch geeignete Entscheidungen abzuwehren, um die gefährdeten Megastädte, ihre formell ansässige Bevölkerung und die städtischen Infrastrukturen vor einer Überlastung zu schützen, eine Risikoverflechtung zwischen der Agency der MigrantInnen und der Migrationspolitik der Megastädte darstellt, allerdings eine, die in asymmetrische Machtstrukturen eingebettet ist.

Im Rahmen der Mikrostudien werden Risikoverflechtungen sowohl im Kontext komplexer Akteurskonstellationen angesprochen („Umsiedlungsdorf“, s. o.) wie auch besonders in der Mikrostudie zu Migranten-NGOs. Hier besteht die Risikoverflechtung darin, dass aus der Perspektive der ArbeitsmigrantInnen die NGOs ein für sie schützenswertes Gut darstellen, da sie die Erfahrung gemacht haben, dass die NGOs sie in ihrer eigenen prekären Situation, charakterisiert durch mangelnden Arbeitsschutz und geringe Information über ihre Rechte, unterstützt haben, während aus der Perspektive des Parteistaats die Migranten-NGOs als Gefährder erscheinen, als eine nicht-traditionelle Sicherheitsbedrohung, bei der zwei „Sicherheitslücken“ gesehen werden: zum einen die solidarischen Beziehungen zwischen den Arbeitsmigranten und ihren NGOs mit dem Potential, sie für Streiks oder andere kollektive Aktionen zu mobilisieren, und zum anderen die Finanzierung durch ausländische Geldgeber verbunden mit der Befürchtung unerwünschter ideologischer Einflussnahme.

Nicht zuletzt stellt das Dilemma zwischen MigrantInnen, die in großer Zahl von den ressourcenreichen Megastädten angezogen werden, und den Stadtverwaltungen als Entscheidungsträgern, die versuchen, die MigrantInnen bzw. einen Teil der MigrantInnen durch Punktesysteme u. a. Maßnahmen abzuwehren, um die ökologisch, sozial und finanziell gefährdeten Megastädte, ihre formell ansässige Bevölkerung und die städtischen Infrastrukturen vor einer Überlastung zu schützen, eine Risikover-

flechtung zwischen den Alltagspraktiken und der Agency der MigrantInnen und der Migrationspolitik der Megastädte dar.

Zusammenfassung und Ausblick

Während eine umfassendere Auseinandersetzung mit den vielfältigen, aber unverbundenen Ansätzen westlicher Risikoforschung und Risikosoziologie über den Rahmen dieses Beitrags hinausgeht, konnte mit den hier vorgestellten Überlegungen zu Transformation und Transition in China, die an die Ergebnisse einer größeren Studie zur Agency unterschiedlicher Migrantengruppen in chinesischen Megastädten anknüpfen, gezeigt werden, wie die Konstitution urbaner Übergangsräume mit einer Perzeption von Risiken einhergeht, denen mit der Schaffung von Care-Räumen zu entgegnen versucht wird.

Des Weiteren konnten subjektive und asymmetrische Risikoverflechtungen zwischen MigrantInnen in der Stadt und Regierungen unterschiedlicher Ebenen verdeutlicht werden. Beispiele hierzu sind die unterschiedlich bewerteten Vor- und Nachteile der Zuwanderung zu Megastädten im Vergleich zu kleinen Städten; die unterschiedlich bewerteten Vor- und Nachteile einer Selbstorganisation und organisierten Interessensvertretung von ArbeitsmigrantInnen in der Stadt sowie die unterschiedlich bewerteten Vor- und Nachteile von staatlich organisierten Fernumsiedlungen.

Schließlich ergeben sich aus diesem Beitrag allgemeinere Einsichten für die Migrationspolitik Chinas auf nationaler und megaurbaner Ebene. Um informierte Entscheidungen treffen zu können, fehlt es einer zwar formell auf Inklusion, aber de facto ebenso auf Exklusion gerichteten Migrationspolitik am impliziten Wissen der tatsächlich in der Megastadt lebenden Migrantengruppen. D. h. es fehlt auch die Anerkennung der Zusammengehörigkeit von Mobilität und Bleiben, die man aus der Schaffung unterschiedlicher urbaner Übergangsräume ablesen kann. Zwar ist die Notwendigkeit einer megaurbanen Integrationspolitik (bezogen auf bezahlbaren Wohnraum, menschenwürdige Arbeit und soziale Dienstleistungen, einschließlich familienfreundlicher Schulbedingungen und der Förderung von Geschlechtergerechtigkeit) zunehmend erkannt worden, aber die Migrationspolitik gegenüber und in den Megastädten dient weiterhin vorrangig als ein Filter zur Unterscheidung zwischen erwünschten und nicht erwünschten Migrantengruppen. In der gelebten Wirklichkeit chinesischer Megastädte führt dies zu einem Nebeneinander sichtbarer und unsichtbarer StadtbewohnerInnen. Die urbanen Übergangsräume und konkreten Politikfelder, die durch die Alltagspraktiken und das Erfahrungswissen der MigrantInnen in der Megastadt aufgerufen werden, geben Hinweise, wie mehr Partizipation der „unsichtbaren“, aber vorhandenen StadtbewohnerInnen zu einer gerechteren Stadt beitragen könnte.

Literatur

- Beck, Ulrich. 1986. *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich. 1999. *World Risk Society*. Cambridge: Polity Press.
- Boholm, Asa, und Hervé Corvellec. 2011. A relational theory of risk. *Journal of Risk Research* 14(2):175–190.
- Brenner, Neil, Bob Jessop, Martin Jones und Gordon MacLeod. 2003. *State/Space. A Reader*. Oxford: Blackwell Publishing.
- Castles, Stephen. 2010. Understanding Global Migration: A Social Transformation Perspective. *Journal of Ethnic and Migration Studies* 36 (10):1565–1586.
- Chang, Kyung-Sup. 2017. China as a Complex Risk Society. Risk Components of Post-Socialist Compressed Modernity. *Temporalités* 26. <https://doi.org/10.4000/temporalites.3810>

- Chu, Yin-wah. 2020. China's new urbanization plan. *Cities* 103:1–10.
- Douglas, Mary, und Aaron Wildavsky. 1983. *Risk and Culture. An Essay on the Selection of Technical and Environmental Dangers*. Berkeley: University of California Press.
- Ewald, Francois. 1993. *Der Vorsorgestaat*. Frankfurt am Main: edition suhrkamp.
- EU Chamber of Commerce, in Zusammenarbeit mit China Macro Group (EU/CMG). 2024. *Riskful Thinking. Navigating the Politics of Economic Security*. Beijing. [Report by EU Chamber + CMG: Mitigating a growing number of risks | Alle News | CNBW](#) (Zugegriffen: 18. September 2026).
- Foucault, Michel. 1991. Governmentality. In *The Foucault Effect. Studies in Governmentality with two lectures by and an interview with Michel Foucault*, Hrsg. Graham Burchell, Colin Gordon und Peter Miller, 87–104. London: Harvester Wheatsheaf.
- Gao, Xiaoxue. 2021. *Thinking of Space Relationally. Critical Realism Beyond Relativism – A Manifold Study of the Artworld in Beijing*. Bielefeld: transcript.
- Ge, Tianren, und Ming Zhang. 2021. Chain Risks and Solutions for Infrastructure Investment of BRI. In *Report of Strategic Studies in China (2019). Once-in-a-Century Transformation and China's Period of Strategic Opportunity*, Hrsg. Honghua Men und Xi Xiao, 135–150. Singapore: Springer.
- Glick Schiller, Nina, und Ayse Caglar. 2011. Downscaled Cities and Migrant Pathways: Locality and Agency without an Ethnic Lens. In *Locating Migration. Rescaling Cities and Migrants*, Hrsg. Nina Glick Schiller und Ayse Caglar, 190–212. Ithaca: Cornell University Press.
- Gransow, Bettina. 2003. Social Assessment in China – Action Learning for the Risk Society? *Berliner China-Hefte* 25:30–43.
- Gransow, Bettina. 2011. Migrant Communities and Social Change in Chinese Megacities: Slum Formation or Urban Innovation? In *Migration and Integration. Reflections on Our Common Future*, Hrsg. Klaus Bade, Bernhard Lorentz und Ludger Pries, 65–97. Leipzig: CEP Europäische Verlagsanstalt.
- Gransow, Bettina. 2025a. *Migrants in Chinese Megacities. Producing Transient Urban Spaces in the Pearl River Delta*. Singapore: World Scientific Publishing.
- Gransow, Bettina. 2025b. Chinas Transformationsprozesse: Transition in die Risikogesellschaft? Eine explorative Spurensuche. *Berliner China-Hefte* 57:9–30.
- Gransow, Bettina. 2025c. Gesellschaft als Transformationsraum: Soziologische Theoriebildung in der VR China. In *Handbuch Theorien der Soziologie*, Hrsg. Heike Delitz, Julian Müller und Robert Seyfert, 15–34. Wiesbaden: Springer VS.
- Guojia xinxing chengzhenhua guihua (Nationaler Urbanisierungsplan neuen Typs) 2014–2020 vom 16 März 2014. https://www.ndrc.gov.cn/fggz/fzzlgh/gjfgzh/201404/t20140411_1190354.html (Zugegriffen: 18. September 2026).
- Guowuyuan. 2024. Shenru shishi yirenweiben de xinxing chengzhenhua zhanlue wu nian xingdong jihua (Staatsrat. 2024. Rundschreiben des Staatsrats zur Veröffentlichung des Fünfjahres-Aktionsplans zur tiefgreifenden Umsetzung der menschenzentrierten Strategie der neuen Urbanisierung) https://www.mee.gov.cn/zcwj/gwywj/202408/t20240801_1083101.shtml (Zugegriffen: 18. September 2026).
- Kipnis, Andrew. 2024. Imagining Social change through Policy Failures. *Made in China* 2:72–81. <https://madeinchinajournal.com/2024/09/11/imagining-social-change-through-policy-failures-in-china/> (Zugegriffen: 18. September 2026).
- Kraas, Frauke, Kirsten Hackenbroch, Harald Sterly, Jost Heintzenberg, Peter Herrle und Volker Kreibich. Hrsg. 2019. *Mega Cities. Mega Challenge. Informal Dynamics of Global Change. Insights from Dhaka, Bangladesh and Pearl River Delta, China*. Stuttgart: Borntraeger Science Publishers.
- Lefebvre, Henri. 1991. *The Production of Space*. Oxford: Blackwell Publishing.
- Lin, Justin Yifu, und Yan Wang. 2008. *China's Integration with the World. Development as a Process of Learning and Industrial Upgrading*. The World Bank Policy Research Working Paper 4799. Washington D.C., December.
- Löw, Martina. 2001. *Raumsoziologie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Löw, Martina. 2008. The constitution of space: the structuration of spaces through the simultaneity of effect and perception. *European Journal of Social Theory* 11(1):25–49.
- Luhmann, Niklas. 1991. *Soziologie des Risikos*. Berlin, New York: de Gruyter.
- Mau, Steffen. 2021. *Sortiermaschinen. Die Neuerfindung der Grenze im 21. Jahrhundert*. München: C. H. Beck.
- National Development and Reform Commission (NDRC). 2012. *Interim Measures for Social Stability Risk Assessment of Large Capital Asset Investment Projects*. Document No. 2492. Beijing: NDRC.
- Scheve, Christian von, und Markus Lange. 2023. Risk entanglement and the social relationality of risk. *Humanities and Social Sciences Communications* 10(170):1–10.
- Sun, Liping. 2012. On the practice of market transition. In *Sociology and anthropology in twentieth-century China. Between universalism and indigenism*, Hrsg. Arif Dirlik, Guannan Li und Hsiao-peï Yen, 307–332. Hongkong: The Chinese University Press.
- Tong, Xing, und Haibo Zhang. 2007. *Zhongguo zhuanxingqi de shehui fengxian ji shibie – lilun tantaoyu jingyan yanjiu* (Identifikation sozialer Risiken in Chinas Transformationsperiode – theoretische Diskussion und empirische Forschung). Nanjing: Nanjing University Press.
- Williams, Allan und Vladimir Balaz. 2012. Migration, risk and uncertainty: Theoretical perspectives. *Population, Space and Place* 18:167–180.
- World Bank. 1992. *China. Strategies for Reducing Poverty in the 1990s*. A World Bank Country Study. Washington: World Bank Publications.
- World Bank. 2019. Managing the risks (Kapitel 4). In *Belt and Road Economics. Opportunities and Risks of Transport Corridors*, 95–122. Washington: World Bank Publications.
- Xiao, Ying. 2012. Fengxian shehui yu Zhongguo (Risikogesellschaft und China). *Tansuo yu zhengming* (Explore and Argue) 4:46–51.
- Yang, Shangguang, und Danyang Wang. 2023. *Urban Migration and Public Governance in China. A Case Study of Shanghai*. Singapore: Springer Nature.
- Yang, Xiaxia, und Kam Wing Chan. 2023. Forever young: China's migration regime and age patterns. *Eurasian Geography and Economics*. <https://doi.org/10.1080/15387216.2023.2279545>